Wirtschaft

Peking will Magna bei Opel ausstechen

BAIC wirbt mit Erhalt aller Standorte in Deutschland

RANKFURT A. M. Der chinesische Autobauer BAIC will offenbar kurz vor Torschluss den Verkauf der deutschen Traditionsmarke Opel an den österreichisch-kanadischen Autozulieferer Magna verhindern und selbst das Rennen machen. Zeitgleich hat jedoch der Favorit Magna im Bieterverfahren um die Übernahme von Opel hat eine weitere wichtige Hürde genommen.

Wie die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung berichtete, warben die Chinesen in Briefen an mehrere Regierungsmitglieder eindringlich für ihre Offerte. Ihr Konzern würde Opel eine "ausgezeichnete Heimat" bieten, zitiert die Zeitung aus dem Schreiben des BAIC-Chefs Xu Heyi. Opel werde mit ihnen als Eigentümer zu einer globalen Marke. Wörtlich verspricht der chinesische Manager demnach: "Kein Opel-Werk in Deutschland wird geschlossen werden." Ein Abbau von Stellen, auch in der Zentrale, könne jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Verzicht auf Rückkaufoption

Die Lage des Rüsselsheimer Autoherstellers sei "ernster, als wir es uns in unseren Worst-Case Szenarien vorgestellt haben", heißt in dem Brief. Die Chinesen, die von der Deutschen Bank beraten werden, argumentieren gegenüber der Politik damit, dass ihr Konzept den deutschen Steuerzahler deutlich günstiger komme als dasjenige von Magna, mit dem sich die Bundesregierung schon grundsätzlich auf einen Einstieg geeinigt hatte.

Laut der vorgelegten Offerte bringt BAIC 660 Millionen Euro Eigenkapital mit und beansprucht 2,64 Milliarden Euro Bürgschaft des deutschen Staates. Im Fall von Magna ist von 4,5 Milliarden Euro Staatsgarantien die Rede. Das chinesische Konzept sehe weiter vor, dass BAIC 51 Prozent an der neuen Opel-Gesellschaft erwirbt, 49 Prozent verbleiben demnach bei der ehemalige Muttergesellschaft General Motors.



Objekt der Begierde: das Opel-Stammwerk in Rüsselsheim.

Magna hält dennoch an dem für einen Vorvertrag angestrebten Datum 15. Juli fest. Ein mögliches neues Angebot aus China treibe den Verantwortlichen von Magna keine Schweißperlen auf die Stirn, sagte der Insider. Eine weiterer wichtiger Stolperstein für die Übernahme wurde aus dem Weg geräumt. Der US-Autokonzern General Motors (GM) verzichtet nach Angaben aus Verhandlungskreisen auf eine Rückkaufoption für seine frühere Tochter. Auch bei der Forderung Magnas, von GM das Exklusivrecht für das Russland-Geschäft mit der Marke Chevrolet zu übernehmen, gebe es Fortschritte, hieß es in den Kreisen. Ein Ergebnis sei aber noch

nicht erzielt worden.

Noch am Mittwoch hatte der Opel-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Klaus Franz das Thema "Rückkaufoption" als einer der schwierigsten Punkte in den Verhandlungen zwischen Magna und GM bezeichnet. Magna-Vorstandschef Siegfried Wolf hatte betont, sein Unternehmen werde dieser Forderung sicher nicht zustimmen.

Nach den bisherigen Plänen des Zulieferers bleibt GM mit 35 Prozent an Opel beteiligt, Magna strebt eine Beteiligung von 20 Prozent an, weitere 35 Prozent sind für den Partner Magnas, die russische Sberbank, vorgesehen. (AFP, dpa)

China gedeiht in der Krise

Die Exportwirtschaft des Landes schwächelt zwar immer noch. Aber sie ist nicht mehr so wichtig

von Justus Krüger

DEKING. Es ist noch nicht lange her, da galt das Perlfluss-Delta als richtungsweisend für Chinas Wirtschaft. Denn dort blühte die Export-Industrie. Heute jedoch sieht es nicht so rosig aus in der einstigen Modellregion. "Das Geschäft ist nicht gerade berauschend", meint Kenny Lai, der zwei Textilfabriken im Shenzhener Industrievorort Dongguan besitzt. "Wir hoffen, dass wir uns durchwurschteln können, bis die Nachfrage im Westen wieder anzieht." Viele Fabriken in Dongguan haben schon zugemacht, sagt Lai. Chinas Exportmaschine stottert. Eigentlich müsste es dem Land schlecht gehen. Die Überraschung ist: Es geht ihm ziemlich gut.

Während die Volkswirtschaften in der Euro-Zone in diesem Jahr nach einer Schätzung der Weltbank deutlich schrumpfen, sagt sie für China ein Wachstum von mehr als sieben Prozent voraus.

Abkopplung vom Westen

Wie kann das sein? Noch vor kurzem war Chinas Wachstum von der Nachfrage im Westen abhängig. So machte der heimische Konsum im Land – der Exporteinbrüche ausgleichen könnte – 2008 gerade einmal 35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus, während es im Jahr 2000 noch 46 Prozent waren.

Die Exporte fallen zwar nach wie vor, zuletzt im Mai um gut 26 Prozent. Dafür aber konsumieren die Chinesen mehr. Der heimische Markt wird wichtiger. China wird unabhängiger. "Es ist unbestreitbar, dass die wirtschaftliche Abkopplung vom Westen im Gange ist ", so Michael Buchanan, Chefökonom für den Asien-Pazifik-Raum bei Goldman Sachs in Hongkong.

China wird gestärkt aus der Krise hervorgehen. Sein relatives Gewicht gegenüber dem Westen nimmt zu.

Der wichtigste Grund dafür ist, dass es in China keine Finanzkrise gibt. "Amerika hat tiefe, strukturelle Probleme, die jetzt zum Vorschein kommen", sagt Jonathan Garner von der US-Bank Morgan Stanley. "China hat diese Probleme nicht."

Bereits als die Krise begann, war die chinesische Volkswirtschaft – anders als die westlichen – gut in Form. Eine niedrige Staatsverschuldung, stabile Banken und riesige Devisenreserven gaben der Regierung in Peking von Anfang an einen Handlungsspielraum, um den der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück sie nur beneiden kann.



Die Chinesen kaufen mehr ein: ein Gome-Kaufhaus in Hongkong.

Noch keine Wachstumslokomotive

Aufholjagd: China holt gegenüber den etablierten Industriestaaten auf. Laut Schätzungen hat seine Wirtschaftskraft bereits im vergangenen Jahr die Deutschlands überholt.

Zugpferd: Dennoch wird China nicht so bald zum globalen Wachstumsmotor. So gaben chinesische Konsumenten 2007 insgesamt 1,7 Billionen Dollar aus; in den USA waren es aber zehn Billionen Dollar. Es ist also noch ein weiter Weg, bis China den US-Vorsprung einholen kann.

Wirtschaftswachstum im Vergleich
Veränderung zum Vorjahr, Prognose in Prozent

+7,0
China
+8,5
USA
+1,5
Deutschland
+0,4
2009
2010
Japan

Auch Probleme wie knausrige Banken kennt Peking nicht. Die Regierung ist in der Lage, schnell und wirkungsvoll zu handeln. So sorgt sie dafür, dass Kredite weiter einfach zu bekommen sind. Das kann sie, weil die großen Banken im Staatsbesitz sind und den Weisungen der Politik folgen. Zudem haben die Banken kein Liquiditätsproblem - nicht zuletzt dank ihrer finanztechnischen Rückständigkeit, die sie daran hinderte, an riskanten Wall-Street-Spielereien teilzunehmen. Das Resultat: "Es gibt in China keine Kreditkrise", so Frederic Neumann von HSBC in Hongkong. "Die Banken laufen über vor Geld.

Ähnlich geht es dem chinesischen Staat. Er ist kaum verschuldet und sitzt obendrein auf einem Devisenschatz von mehr als zwei Billionen Dollar. Das ermöglichte es der Regierung schon im November, ein Konjunkturpaket im Umfang von 585 Milliarden Dollar zu beschließen. Der größte Teil des Geldes fließt in Infrastrukturprojekte. Aber gezielte Konsumanreize gehören ebenfalls dazu. Im dörflichen China subventioniert Peking den Kauf von Autos, Fernsehern, Computern, Mobiltelefonen und Kühlschränken; auch für die wohlhabenderen Städter gibt es Zuschüsse für Haushaltswaren und Autos, obendrein wurden die Steuern für umweltfreundliche Autos deutlich gesenkt.

Konsum wird wichtiger

Folge: Von Januar bis Mai 2009 setzte Chinas Einzelhandel 15 Prozent mehr um. Für Haushaltselektronik gaben die Chinesen zwölf Prozent mehr aus, die Autoverkäufe stiegen um fast die Hälfte – während sie in den USA im Mai im Jahresvergleich um 38 Prozent fielen.

Die Verlagerung vom Export zum heimischen Konsum spüren auch die Zulieferer. "Bislang waren unsere Maschinen vor allem für ausländische Firmen mit Werken in China bestimmt, die für den Export produzieren", sagt der Werksleiter eines deutsches Maschinenbauers in Shanghai. Seit einigen Monaten orientiere sich die Firma aber immer mehr an den Bedürfnissen chinesischer Unternehmen, die für den heimischen Markt produzieren.

Unternehmern wie Lai hilft das wenig. Denn seine Textilien sind für den Export bestimmt – für Chinesen sind sie zu teuer. "Das braucht noch mindestens fünf Jahre Aufschwung, bis chinesische Käufer für uns einen großen Unterschied machen", schätzt Lai.

NACHRICHTEN

Preise für Waren des täglichen Bedarfs fallen

BERLIN. Die Preise für Waren des täglichen Bedarfs fallen einer Studie zufolge in Rekordtempo. Die 50 meistgekauften Güter wie Milch, Obst, Schokolade und Benzin kosteten zur Jahresmitte drei Prozent weniger als vor einem Jahr, so das Forschungszentrum für Wirtschaftsstatistik der Schweizer Universität Fribourg. (Reuters)

Mehr Interessenten für Porsche-Einstieg

MÜNCHEN. Neben dem Emir von Katar interessieren sich offenbar drei weitere Bieter für einen Einstieg bei Porsche sowie die Aktienoptionen an Volkswagen, die Porsche hält. Nach Informationen des Magazins Focus sind dies ein russischer und ein chinesischer Staatsfonds sowie ein Hedgefonds. Derzeit verhandele der Stuttgarter Sportwagenhersteller jedoch exklusiv mit dem Emirat Katar. (ddp)

Versicherer Allianz baut weniger Stellen ab

MÜNCHEN. Die Allianz baut weniger Arbeitsplätze in Deutschland ab als zu Beginn des Konzernumbaus angekündigt. Statt 5 700 Arbeitsplätze wird die Allianz 4800 Stellen streichen, sagte Deutschland-Chef Gerhard Rupprecht der Wirtschaftswoche. 4 400 Jobs seien bereits gestrichen worden. (dpa)

Rhön will Kliniken für eine Milliarde Euro kaufen

FRANKFURT A. M. Der Krankenhauskonzern Rhön Klinikum will öffentliche Kliniken für insgesamt eine Milliarde Euro kaufen. Er plane, von den Aktionären rund 500 Millionen Euro per Kapitalerhöhung einzusammeln, sagte Vorstandschef Wolfgang Pföhler der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Er rechne damit, dass bald viele Krankenhäuser zum Verkauf stehen, sagte Pföhler. Jedes dritte Krankenhaus brauche zusätzliches Geld, die Kommunen hätten aber nicht genügend. (dpa)

Siegeszug der Discounter in Frankreich gestoppt

PARIS. Der lange Zeit unaufhaltsam scheinende Vormarsch der Lebensmittel-Discounter in Frankreich ist vorerst beendet. In den vergangenen Wochen verloren die Billigsupermärkte im Nachbarland zum ersten Mal seit Jahren an Boden. Seit Ende März sei der Marktanteil um 1,2 Prozentpunkte auf 13,7 Prozent gefallen, berichtete die französische Tageszeitung Le Figaro. (dpa)

Preiskrieg gefährdet Jobs

NGG kritisiert Discounter

BERLIN. Die Gewerkschaft Nah-rung-Genuss-Gaststätten (NGG), hat den Preiskrieg der Discounter scharf kritisiert. Vergangene Woche hatten die Billig-Supermarktketten Aldi, Netto, Penny und Norma die Preise für viele Milchprodukte und Wurstwaren gesenkt. Der Vorsitzende der NGG, Franz-Josef Möllenberg, warnte zudem vor der aggressiven Preispolitik der Edeka-Tochter Netto. Für Verbraucher sowie die Beschäftigten in der Lebensmittelindustrie, im Handel und Rohstofflieferanten in der Landwirtschaft könne diese Strategie negative Folgen haben und Jobs vernichten.

Die Rechnung für diese Preisoffensive, in der enorme Werte in der Lebensmittelkette vernichtet würden, werde später präsentiert. Zahlen müssten alle, angefangen von Milchbauern, deren Existenz gefährdet sei, über die Lebensmittelindustrie, die der Nachfragemacht des Handels nachgeben müsse und den Druck auf dem Rücken der Arbeitnehmer austrage, bis hin zu Verbrauchern, so die NGG.

Schlechtere Qualität

Zudem sei zu befürchten, dass in diesem Preiskrieg der hohe Qualitätsstandard von Lebensmitteln nicht mehr gehalten werden könne, warnte der NGG-Vorsitzende. Anzeichen für Qualitätsminderung gebe es bereits, wie die Verwendung von Analogkäse, veränderte Rezepturen oder die Ausweitung der Sortimente durch länger haltbare Milch, die als Frischmilch verkauft wird, zeige. (BLZ)

"Up" von VW soll Slowakei aufhelfen

Der frühere EU-Musterschüler rutscht in der Krise besonders stark ab

VON SIGRID AVERESCH

 $B^{\text{RATISLAVA.}}_{\text{Hauptstadt Bratislava wurde der}}$ VW "Up" jüngst pompös präsentiert. Nur gut drei Meter misst der neue geplante Kleinstwagen, mit dem sich viele Hoffnungen verbinden. Das Wolfsburger Unternehmen möchte mit dem "Up" ein sehr günstiges Auto anbieten und so neue Kunden gewinnen. Für die Slowakei wiederum bietet der Wagen die Chance, die Wirtschaftskrise relativ gut zu überstehen: VW hat sich entschieden, in der slowakischen Hauptstadt die neue Marke zu produzieren. 300 Millionen Euro wollen die Wolfsburger investieren und bis zu 1 500 neue Arbeitsplätze schaffen. 2011 soll die Produktion

Abhängig von Deutschland

Damit bekommt die Schlüsselindustrie des Landes wieder Auftrieb. Für die Slowakei ist die Krise bisher in erster Linie eine Krise der Autoindustrie, von der das Land wie kaum ein anderes abhängig ist. Die Autobranche macht fast ein Drittel des Exports der Slowakei aus. Inzwischen kommt sie beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf einen Anteil von einem Viertel. Neben VW haben Kia und Peugeot Werke in der Slowakei.

Das Wolfsburger Unternehmen gehört mit rund 7 000 Beschäftigten zu den größten Arbeitgebern des Landes. Allein seine Produkte erwirtschaftet einen Anteil von geschätzten zehn Prozent am BIP. VW produziert in der Slowakei bereits den Geländewagen Tuareg,

den Audi Q7 sowie Teile des Porsche Cayenne – alles Modelle, die in der Krise nicht gefragt sind. Nach Angaben von Wirtschaftsminister Lubomir Jahnatek hat VW die Produktion für ein halbes Jahr gedrosselt.

für ein halbes Jahr gedrosselt.

Hinzu kommt die starke Exportabhängigkeit des Landes. Die Ausfuhr beträgt 87,5 Prozent des BIP, der Großteil davon geht nach Deutschland. "Nun begreifen wir, wie stark wir von der deutschen Wirtschaft abhängig sind", räumte Peter Kazimir, Finanz-Staatssekretär, jüngst ein. Rund 400 deutsche Firmen haben sich in der Slowakei angesiedelt und rund 80 000 Stellen geschaffen. Deutschland ist größter Handelspartner und Investor.

Nun allerdings drohen Einbrüche. Das Land, das in den vergangenen Jahren Wachstumsraten von bis zu zehn Prozent vorweisen konnte und als Musterschüler unter den neuen EU-Staaten galt, rechnet in diesem Jahr erstmals mit einem mit einem Rückgang des BIP um sechs

Prozent. Die Arbeitslosigkeit könnte auf bis zu zwölf Prozent wachsen. Dennoch fühlt sich das Land trotz der Wirtschaftskrise relativ sicher, da es finanzpolitisch gut aufgestellt ist. Die Banken, die zu über 90 Prozent ausländischen Besitzern gehören, sind von der Krise im Gegensatz zu vielen anderen Staaten in der Region nicht betroffen. Zudem hat die Slowakei als eines der ersten der EU-Beitritts-Staaten den Euro Anfang des Jahres eingeführt.

Mit gesetzlichen Regelungen ist

es der Regierung dabei gelungen, einen Teuro-Effekt zu verhindern. Die Inflation wird in diesem Jahr auf drei Prozent geschätzt. "Wir Slowaken sind Euro-Optimisten", betont Kazimir. Sorgen bereitet ihm aber, dass in diesem Jahr das Staatsdefizit über die Maastricher Grenze von drei Prozent klettern könnte. "Wir wollen alles versuchen, das zu verhindern", versicherte Kazimir. "Wir sind ein zuverlässiger Partner in der Euro-Zone und wollen es bleiben."



Das VW-Kleinstwagenmodell Up soll neue Käufer anziehen.

ANLAGEZINSEN

TAGESGELD			
Zins* ab (Euro)	1	50 000	
Cortal Consors**	3,00	1,75	
(www.cortalconsors.de)			
Oyak Anker Bank	2,80	2,80	
(01805/692500)			
1822direkt	2,75	2,30	
(www.1822direkt.de)			
Berliner Sparkasse	2,00	2,00	
(030/86986969)			
Berliner Bank	1,00	1,30	
(030/31099090)			

FESTGELD, 5 000 EURO					
		12 Mon.			
SWK Bank	2,50	3,00			
(0800/1204444)					
Ziraat Bank	2,60	2,65			
(www.ziraatbank.de)					
BKM Bauspark. Main	z 2,25	2,51			
(06131/303590)					
PSD Berlin-Brndb.	1,75	2,25			
(01803/850820)					
Berliner Bank	0,75	1,40			

(030/31099090)

LANGFRISTIGE AN Laufzeit	ILAGE, 5 00 3 Jahre	00 EURO 5 Jahre
Volkswagen Bank	3,00	3,75
(01803/224223)		
HypoVereinsbank	2,75	3,70
(01802/877877)		
Mercedes Benz Bar	ık 3,25	3,60
(06131/303590)		
Berliner Sparkasse	2,25	3,00
(030/86986969)		
PSD Berlin-Brandb.	2,30	2,50
(01803/850820)		

*in Prozent; ** Nur für Neukunden und Neuanlagen; alle Angaben ohne Gewähr; Stand 03.07.2009, Quelle: FMH-Finanzbe-